

12.2. AUG. 2005

EUROPAISCHES PARLAMENT



INGO SCHMITT

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Herrn  
Ulrich Kelber, MdB  
Clemens-August-Straße 64

53115 Bonn

Berlin, 17.08.2005

Sehr geehrter Herr Kollege Kelber,

Ihr Schreiben vom 14. August 2005 habe ich erhalten und mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich bin ich oder einer der anderen Berliner Bundestagskandidaten bereit, mit Ihnen und interessierten Zuhörern über die Frage eines Umzugs der dort verbliebenen Ministerien bzw. deren Außenstellen zu diskutieren. Dies wird verständlicherweise jedoch aufgrund der terminlichen Belastungen durch den Wahlkampf vor dem 18. September 2005 nicht möglich sein.


Sie werden allerdings Verständnis dafür haben, dass ich in meiner Funktion als Landesvorsitzender der CDU Berlin und als Direktkandidat für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ein besonderes Augenmerk auch auf die Interessen des Landes Berlin sowie der Menschen hier vor Ort richte.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass es 15 Jahre nach der deutschen Einheit und 14 Jahre nach Verabschiedung des Bonn-Berlin-Gesetzes angebracht ist, den seinerzeitigen Beschluss einer inhaltlichen Überprüfung zu unterziehen und ihn an den heutigen Realitäten zu messen. Angesichts der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung, die die Stadt Bonn unabhängig vom dortigen Verbleib der restlichen Ministerien genommen hat, ist es daher in meinen Augen heute nicht mehr notwendig, immer noch auf dem einmal festgeschriebenen Status quo zu beharren. Viel wichtiger ist es jetzt angezeigt, im Sinne einer modernen Verwaltung Organisationsstrukturen effizienter zu gestalten und mit Blick auf die angespannte Haushaltslage des Bundes notwendige Kosteneinsparungen vorzunehmen. So verursachen u. a. die ständigen Pendelflüge der Bundesbediensteten zwischen Berlin und Bonn Jahr für Jahr unnötige Ausgaben.

Durch eine mittelfristige Zusammenführung der Ministerien in Berlin ergäben sich Synergieeffekte und erhebliche Kosteneinsparungen.

Vor diesem Hintergrund steht Ihre Position nicht für eine zukunftsorientierte Politik, sondern für ein schlichtes „weiter so“. Genau diese Politik Ihrer rot-grünen Bundesregierung ist es aber, die unser Land in den vergangenen sieben Jahren in die schwerste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik manövriert hat. Das Festhalten an alten Zöpfen war und ist offensichtlich Ihr Credo. Dies setzt sich bei der Frage nach einer Neubewertung des Bonn-Berlin-Gesetzes uneingeschränkt fort. So wird es nicht gelingen, Deutschland fit zu machen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Mit freundlichen Grüßen

  
Ingo Schmitt, MdEP